



Gesellschaft für
bedrohte Völker

memo

Februar 2025

China: Familientrennungen, Sprachverbot, Zwangsarbeit

Wie die Kommunistische Partei tibetische, uigurische
und mongolische Gemeinschaften zerstört



Inhalt

Einleitung	4
Forderungen der Gesellschaft für bedrohte Völker an die künftige Bundesregierung	6
Menschenrechtsverletzungen in Tibet	8
Lage der Uigur*innen in Xinjiang/Ostturkestan	12
Lage in der Inneren Mongolei	15
Verfolgung der Hui-Muslim*innen durch die chinesischen Behörden	17
Verfolgung von Christ*innen und Falun-Gong-Angehörigen	20
Endnoten	21
Impressum	23

Einleitung

Die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) ist die mächtigste koloniale Organisation der Welt. In demokratischen Staaten wie Kanada oder Australien werden die kolonialen Verbrechen der Vergangenheit an Indigenen Völkern nach und nach aufgearbeitet. In China gibt es einen entgegengesetzten Trend: Dort versucht die KPCh, eine seit tausenden von Jahren währende kulturelle und ideologische Einheit Chinas zu konstruieren, um ihren Anspruch auf absolute Herrschaft innerhalb der Grenzen der Volksrepublik und über diese hinaus zu rechtfertigen.

Der Begriff „Ein Land – zwei Systeme“ ist fast so alt wie die Volksrepublik China selbst. Er wurde von der Kommunistischen Partei benutzt, um den Tibetern*innen die Eingliederung in die Volksrepublik schmackhaft zu machen. Die Institution des Dalai Lama, so steht es in dem sino-tibetischen Abkommen von 1951, sollte nicht angetastet werden.¹ Acht Jahre später musste der 14. Dalai Lama aus Tibet fliehen.

Auch in Hongkong hat die chinesische Regierung das Versprechen, mit dem Konzept „Ein Land – zwei Systeme“ könnten die Menschen nach der Rückgabe durch Großbritannien mindestens bis 2047 gewisse Freiheiten behalten, rücksichtslos gebrochen. Bis vor einigen Jahren konnte man dort noch Bücher kaufen, die über das wahre Ausmaß der von Mao Zedong ausgelösten Hungersnot während des „Großen Sprungs nach vorn“ (1959-1962), die Verheerungen von Maos „Kulturrevolution“ (1966-1976) oder die Verbrechen der KPCh in Tibet und Xinjiang/Ostturkestan² informierten. Das hat sich geändert. Die Partei hat innerhalb weniger Jahre die lebendige Zivilgesellschaft in Hongkong zerstört und Freiheits-

kämpfer*innen wie den 77-jährigen Jimmy Lai inhaftiert. Mit dem Verkauf von kritischen Büchern würde man heutzutage ins Fadenkreuz der Peking-treuen Führung und ihres gefürchteten Nationalen Sicherheitsgesetzes geraten.

Gegenüber Taiwan nutzt die chinesische Regierung das Konzept „Ein Land – zwei Systeme“, um die Menschen auf der Insel von einer „Wiedervereinigung“ Taiwans mit der Volksrepublik China zu überzeugen. Aber erstens war Taiwan nie Teil der Volksrepublik, und zweitens wissen die Taiwaner*innen, was eine Übernahme für ihre mühsam erkämpften Freiheiten bedeuten würde. Seit den 1980er Jahren hat sich das Land von einer Diktatur in eine lebendige, streitlustige Demokratie verwandelt. Diese Demokratie würde durch den Einmarsch der chinesischen Volksbefreiungsarmee zerstört.

Unter Partei- und Staatschef Xi Jinping hat sich die chinesische Regierung zunehmend radikalisiert. Xi setzt auf einen großchinesischen Nationalismus, in dem ethnische und religiöse Gruppen gleichgeschaltet werden sollen. Mit ihrer Politik der Zwangsassimilierung von Kindern nicht-chinesischer Volksgruppen hat die KPCh in den vergangenen Jahren ihren bereits bestehenden Katalog an Grausamkeiten erweitert. Tibetische, uigurische und mongolische Kinder sollen von ihren Kulturen, Sprachen, Traditionen und ihren eigenen Familien entfremdet werden. In Tibet und Ostturkestan werden bereits Kinder im Vorschulalter von ihren Eltern getrennt und in staatlichen Internaten systematisch indoktriniert.

Dieses Memorandum gibt einen Überblick über die aktuelle Menschenrechtslage ethnischer und

religiöser Minderheiten mit einem Schwerpunkt auf Tibet, Ostturkestan und der Inneren Mongolei.³ Diese drei Regionen, die fast die Hälfte der Gesamtfläche Chinas ausmachen, bezeichnet die chinesische Regierung zwar als „Autonome Regionen“, aber nirgendwo offenbart sich ihr totaler und kolonialer Herrschaftsanspruch deutlicher. Auch die Lage der Angehörigen der muslimischen Hui-Nationalität, der Christ*innen und Falun-Gong-Angehörigen werden thematisiert. Unter Xi Jinping hat sich die Lage der Gemeinschaften, die dringend mehr Unterstützung von Staaten wie Deutschland bräuchten, drastisch verschlechtert. Die deutsche China-Politik kann jedoch ebenfalls unter dem Begriff „Ein Land – zwei Systeme“ zusammengefasst werden: Beim Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen kritisiert Deutschland gemeinsam mit seinen Verbündeten seit Jahren die Verfolgung von Tibeter*innen, Uigur*innen, Mongol*innen, chinesischen Menschenrechtsverteidiger*innen und Hongkonger*innen. Wenn es aber darum geht, innerhalb der Europäischen Union auf eine geeinte Haltung gegenüber China hinzuarbeiten, kommt der Systemwechsel. Aus

dem UN-Netzwerker wird ein EU-Einzelgänger. Deutschland stellt sich gegen EU-Ausgleichszölle auf chinesische Autos. Zu China-Besuchen wird lieber eine große Delegation deutscher Wirtschaftsboss*innen mitgenommen als andere europäische Regierungschef*innen. Und bei dem letzten Besuch des chinesischen Premierministers im Juni 2023 in Deutschland durften Journalist*innen keine Fragen stellen.⁴

Welche Parteien auch immer nach der Bundestagswahl die neue Regierung bilden – sie müssen dafür sorgen, dass Deutschland seine China-Politik europäisiert. Deutschland muss sich im Sinne der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und der UN-Konventionen – wie der zum Schutz des Kindes – dafür einsetzen, dass tibetische, uigurische und mongolische Kinder die Sprachen und Kulturen ihrer Eltern übernehmen können. Dieser Einsatz kann nur gelingen, wenn die neue Regierung dazu bereit ist, das bereits existierende deutsche Lieferkettengesetz zu achten und EU-Richtlinien zu Wirtschaft und Menschenrechten tatsächlich umzusetzen.

Karte der Volksrepublik China und der angrenzenden Mongolei



Karte: Eigene Erstellung

Forderungen der Gesellschaft für bedrohte Völker an die künftige Bundesregierung

- ✘ Engagieren Sie sich für die Ausweitung von EU-Sanktionen gegen chinesische Regierungsmitglieder, die für Familientrennungen, Umerziehungslager, Zwangssterilisierungen und Zwangsarbeit verantwortlich sind.
- ✘ Setzen Sie sich gemeinsam mit EU-Partner*innen gegenüber der chinesischen Regierung dafür ein, dass die Zwangsinternate in Tibet und Xinjiang/Ostturkestan geschlossen werden und betroffene Kinder mit ihren Eltern wieder vereint werden können.
- ✘ Tibetische, uigurische und mongolische Kinder haben laut chinesischer Verfassung und der UN-Kinderrechtskonvention ein Recht darauf, ihre Muttersprachen lernen zu dürfen. Setzen Sie sich gemeinsam mit EU-Partner*innen hierfür ein.
- ✘ Setzen Sie sich gemeinsam mit EU-Partner*innen für die Freilassung politischer Häftlinge ein. Fordern Sie die Freilassung des Uiguren Ilham Tohti, des tibetischen Panchen Lama, des Mongolen Lhamjab Borjigin und der chinesischen Journalistin Zhang Zhan.
- ✘ Setzen Sie sich für Uigur*innen, Tibeter*innen, Mongol*innen, Christ*innen und Falun-Gong-Angehörige ein, die aus China geflohen sind und denen die Abschiebung nach China droht.
- ✘ Das deutsche Lieferkettengesetz und die EU-Richtlinie zu Lieferketten (CSDDD) bilden eine wichtige Grundlage, um Menschenrechtsverletzungen entgegenzuwirken. Verpflichten Sie sich zur Achtung und Durchsetzung dieser bereits existierenden rechtlichen Vorgaben.
- ✘ Insbesondere in der Uigur*innen-Region Ostturkestan ist Zwangsarbeit ein Teil der systematischen Unterdrückung und Ausbeutung von Uigur*innen. Setzen Sie die EU-Richtlinie zum Importverbot von Produkten, die aus Zwangsarbeit entstanden sind, um.
- ✘ Fordern Sie die chinesische Regierung gemeinsam mit EU-Partner*innen öffentlich auf, sich nicht in die Nachfolge des Dalai Lama einzumischen.
- ✘ Treten Sie angesichts der Verbrechen gegen uigurische Frauen öffentlich gegen die Vergabe der Fußball-WM der Frauen im Jahr 2031 an China ein.
- ✘ Lassen Sie bei Pressekonferenzen mit chinesischen Staatsgästen in Deutschland Fragen von Journalist*innen zu.



*Die tibetische Nonne Phuntsog Nyidron berichtete 2023 beim Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen über ihre 15-jährige Haftzeit und die Foltermethoden der chinesischen Sicherheitskräfte. Heute setzt sie sich für die Freilassung inhaftierter Tibeter*innen ein. Foto: Hanno Schedler/GfbV*

Menschenrechtsverletzungen in Tibet

Vor 75 Jahren, im Oktober 1950, marschierte die chinesische „Volksbefreiungsarmee“ in Tibet ein. Seit dem Beginn der Besetzung Tibets hat die chinesische Regierung tausende buddhistische Klöster zerstören, religiöse Texte verbrennen, Mönche und Nonnen foltern oder sie dazu zwingen lassen, sich einer sogenannten „patriotischen Umerziehung“ zu unterziehen. Vor einigen Jahren begann die neueste Kampagne der Regierung in der Tibetischen Autonomen Region (TAR) und angrenzenden Provinzen, die zum historischen Tibet gehören: die Umerziehung tibetischer Kinder.

Zwangsinternate für tibetische Kinder

Nachdem es die Kommunistische Partei in Tibet bisher nicht geschafft hat, die Bindung der sechs Millionen Tibeter*innen zum 14. Dalai Lama, dem tibetischen Buddhismus und der tibetischen Kultur zu durchtrennen, nimmt sie seit einigen Jahren die neue Generation von Tibeter*innen ins Visier. Tibetische Kinder werden von ihren Familien getrennt und in Zwangsinternate eingewiesen. So sollen bereits Vierjährige auf die Linie der KPCh gebracht werden. Der chinesische Staat macht es tibetischen Familien unmöglich, sich dieser Politik zu widersetzen. Eltern, die sich weigern, droht der Entzug staatlicher Leistungen, Verhaftung oder ein Ende der Schulkarriere des Kindes. Xi Jinping spricht in diesem Zusammenhang häufig von einem geeinten China und einer geeinten Nation. Was zunächst nicht bedrohlich klingt, bedeutet für Eltern und Großeltern in Tibet, dass sie ihre Kinder häufig wochenlang nicht sehen können. Lokale Schulen wurden systematisch ge-

schlossen und Internate errichtet. Wissen über die tibetische Sprache, Geschichte und Kultur wird in den Internaten fast gar nicht vermittelt. Stattdessen steht die Sichtweise der chinesischen Kolonialmacht im Mittelpunkt des Unterrichts: Chinesisch ist die dominante Sprache und historische Ereignisse, wie die Flucht des 14. Dalai Lama aus Tibet im März 1959, werden umgedeutet. Für die tibetische Gesellschaft ist dieses Ereignis ein Trauma, das bis heute anhält. Die KPCh deutet das Jahr 1959, in dem tausende Tibeter*innen durch die Gewalt der chinesischen Volksbefreiungsarmee ihr Leben verloren, in eine Befreiung der Versklavten vom Joch des Dalai Lama um. In den Internaten wird an diese Zeit mit einem „Tag der Emanzipation der Sklaven“ gedacht. Schüler*innen lernen, dass sich die „Herzen der [Kommunistischen] Partei zugewandt“ hätten.⁵

Wenn tibetische Kinder aus den teilweise weit entfernten Internaten nach Hause kommen, sprechen sie weniger Tibetisch, wiederholen die ihnen eingehämmerten KPCh-Slogans und fremdeln mit der eigenen Familie. Der durch die Trennung von den Eltern ausgelöste Stress führt zu Angstzuständen, Einsamkeit und Depressionen. UN-Expert*innen kamen 2023 zu dem Schluss, dass das staatliche Internatssystem als Zwangsmaßnahme zur Assimilierung in die Han-Mehrheitsgesellschaft diene und damit internationale Menschenrechtsstandards verletze. Der tibetische Bildungsforscher Dr. Gyal Lo schätzt, dass sich mehr als 100.000 Kinder im Alter von vier bis sechs Jahren in Internatsvorschulen und mehr als

800.000 tibetische Kinder im Alter von sechs bis 18 Jahren in Zwangsinternaten befinden.⁶ Er hat das System der Zwangsinternate und ihre Folgen für die tibetische Gesellschaft untersucht und konnte im Dezember 2020 nach Kanada flüchten.

Das Internatssystem in Tibet und Ostturkestan ist spezifisch auf diese Regionen zugeschnitten. Richtlinien der chinesischen Regierung sehen eigentlich vor, dass Kinder im Grundschulalter nicht in Internate geschickt werden sollen. Aber laut Xi Jinping müssen tibetischen und uigurischen Kindern ihre „falschen“ Vorstellungen über Religion und das Zusammenleben verschiedener Ethnien ausgetrieben werden. Die Strategie der Massenindoktrination tibetischer Kinder zeigt Wirkung, was in einem Video deutlich wird, das die New York Times ausgewertet hat: Ein tibetisches Kind beschreibt, wie seine Mutter in einem Lebensmittelgeschäft nicht auf Mandarin mit dem chinesischen Kassierer kommunizieren konnte, und wie es seiner Mutter geholfen habe, indem es die Kommunikation auf Mandarin übernommen habe. Titel des Videos: „Sei eine zivilisierte Person, sprich Mandarin“.⁷ Videos wie dieses sollen die Früchte der Internatsschulen zeigen und sind Teil der staatlichen Propaganda, die das Internet mit Werbevideos für die eigene Politik flutet und Tibeter*innen, aber auch Han-Chines*innen von der Richtigkeit der Internate überzeugen soll. Der chinesische Staat setzt darauf, dass tibetische Kinder Mandarin gegenüber Tibetisch als die überlegene Sprache ansehen.

Indoktrination geht auch in den Schulferien weiter

Anfang 2025 wurde bekannt, dass die chinesische Regierung ihre Indoktrination tibetischer Kinder auch in den Schulferien fortsetzt: In mehreren tibetischen Gebieten wurden privat organisierte Tibet-Kurse während der zweimonatigen Winterferien verboten. Stattdessen fordert die chinesische Regierung von tibetischen Kindern, dass sie sich zuhause mit der Fortbildung über

das politische System Chinas befassen. Die Teilnahme an religiösen Aktivitäten ist verboten, ebenso wie das Tragen von Kleidung mit Symbolen des tibetischen Buddhismus.⁸

Folter in chinesischer Haft

Tibeter*innen, die sich für den Erhalt der tibetischen Kultur und Sprache einsetzen, drohen Haft und Folter. Bei einer Veranstaltung der Gesellschaft für bedrohte Völker beim Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen im Juni 2023 berichtete die tibetische Nonne Phuntsog Nyidron von ihren 15 Jahren in chinesischer Haft. Nyidron war als 19-Jährige verhaftet worden, weil sie in der Hauptstadt Lhasa „Lang lebe seine Heiligkeit, der Dalai Lama“ und „Freiheit in Tibet“ skandiert hatte. Wie viele tibetische Gefangene wurde sie systematisch gefoltert, unter anderem mit Elektroschocks in den Mund.

Ein aktueller Fall verdeutlicht die Brutalität, mit der die chinesische Kolonialmacht gegen Gefangene vorgeht. Der Tibeter Gonpo Namgyal wurde am 15. Dezember 2024 aus der Haft entlassen. Drei Tage später starb er an den Folgen der in Haft erlittenen Folter. Sein Körper wies Narben von Stromschlägen und anderen Foltermethoden auf. Der aus der Qinghai-Provinz⁹ stammende Vorsteher des Dorfes Ponkor war im Mai desselben Jahres gemeinsam mit über 20 Tibeter*innen verhaftet worden, weil er sich für die Erhaltung der tibetischen Sprache eingesetzt hatte.¹⁰

Schicksal des entführten Panchen Lama

Vor mittlerweile fast 30 Jahren, am 17. Mai 1995, ließ die chinesische Regierung den sechsjährigen tibetischen Jungen Gedhun Choekyi Nyima und seine Eltern entführen – nur wenige Tage nachdem der 14. Dalai Lama ihn als Wiedergeburt des 10. Panchen Lama anerkannt hatte. Der Panchen Lama ist für Tibeter*innen die zweithöchste geistliche Autorität nach dem Dalai Lama. Bis heute fehlt von ihm und seinen Eltern jede Spur. Als

11. Panchen Lama setzte die chinesische Regierung damals einen Jungen namens Gyaltsen Norbu ein, einen Sohn kommunistischer Funktionäre. Er dient Peking als Marionette für scheinbare Glaubensfreiheit und wird in den Staatsmedien als „Anführer des tibetischen Buddhismus“ dargestellt.

Auf den Tod des 14. Dalai Lama, der in diesem Jahr 90 Jahre alt wird, bereitet sich die chinesische Regierung systematisch vor. Sie will einen Nachfolger installieren, der den Vorgaben aus Peking folgt und die Lügen der chinesischen Regierung

über die in Wahrheit verheerende Menschenrechtssituation in Tibet weiterverbreitet. Um das zu erreichen, wird die Kommunistische Partei den eingesetzten Panchen Lama für den Versuch instrumentalisiert, einen Peking-treuen Dalai Lama zu bestimmen. Peking hat die Reinkarnationen im tibetischen Buddhismus bereits zu einer Staatsangelegenheit erklärt: Diese seien nur nach Anerkennung durch die staatlichen Behörden zulässig. Der seit 1959 im indischen Exil lebende 14. Dalai Lama spricht der chinesischen Regierung das Recht ab, über seine Nachfolge zu bestimmen.



Die Uigurin Gülbahar Jalilova war 15 Monate in einem chinesischen Umerziehungslager in Ostturkestan inhaftiert. Sie wurde wiederholt gefoltert. Auch im französischen Exil belästigten sie chinesische Agent*innen.
Foto: Hanno Schedler/GfbV

Lage der Uigur*innen in Xinjiang/Ostturkestan

Acht Jahre nach dem Beginn des Völkermordes an den muslimischen Uigur*innen und anderen muslimischen Gemeinschaften¹¹ im Jahr 2016/2017 hat die chinesische Regierung in Ostturkestan ein System aus Zwangsmaßnahmen perfektioniert, mit dem die Menschen der Region auf Linientreue getrimmt werden sollen. Insgesamt leben in Ostturkestan ungefähr 12 Millionen Uigur*innen.

Zwangsinternate für uigurische Kinder

Das staatliche Internatssystem für uigurische Kinder, deren Eltern vom chinesischen Staat verschleppt wurden, wird weiter ausgebaut. Nach dem Beginn einer Inhaftierungswelle 2017 eröffnete der chinesische Staat sogenannte „Kleine Engel“-Schulen, in denen die Kinder der in Umerziehungslagern oder Gefängnissen inhaftierten Eltern indoktriniert werden.¹² Die Kinder werden von den chinesischen Behörden, die für die Internierung der Eltern verantwortlich sind, wie Waisen behandelt. In den von Sicherheitskräften bewachten Internaten werden die Kinder immer stärker sinisiert, so wie Xi Jinping es angestrebt: Kinder können ihre Eltern nur selten oder gar nicht sehen, lernen fast nur Mandarin und nichts über die uigurische Geschichte oder uigurische Traditionen. Ebenso wie in Tibet wurden lokale Schulen, in denen Wissen über die eigene Gemeinschaft weitergegeben wurde, geschlossen. Mehrere UN-Sonderberichterstatter*innen beschrieben die dramatischen Folgen in einem gemeinsamen Bericht: „Dies wird unweigerlich zu einem Verlust der Verbindung zu ihren Familien und Gemeinschaften führen und ihre Bindung an

ihre kulturelle, religiöse und sprachliche Identität untergraben.“¹³ Die Zahl der in staatliche Internate eingewiesenen uigurischen Kinder wurde im Jahr 2024 auf 900.000 geschätzt.¹⁴

Zwangsarbeit

Eine zentrale Rolle im Unterdrückungssystem der chinesischen Regierung nimmt die Zwangsarbeit ein. Obwohl bekannt ist, dass hunderttausende Uigur*innen Zwangsarbeit verrichten müssen und viele Produkte aus Ostturkestan mittels Zwangsarbeit produziert werden, haben sich die Exporte aus der Region in die Europäische Union seit 2019 fast verdoppelt. Das für Solaranlagen benötigte Polysilizium stammt überwiegend aus Ostturkestan. Fast 20 Prozent der weltweit verarbeiteten Tomaten werden dort produziert und 20 Prozent der weltweit hergestellten Kleidung enthält Baumwolle aus der Region.¹⁵ Der Wissenschaftler Adrian Zenz schätzt, dass hunderttausende Uigur*innen, die vorher in chinesischen Umerziehungslagern waren, nun Teil des Zwangsarbeitssystems sind. Die Internationale Arbeitsorganisation (International Labour Organization, ILO), eine UN-Institution, hat den von Zenz geprägten Begriff der „nicht-internierenden, staatlich verordneten Form der Zwangsarbeit“ in ihr Handbuch zum Thema Zwangsarbeit aufgenommen.¹⁶

Geburtenverhinderung

Seit 2020 bekannt wurde, dass die Geburtenrate unter Uigurinnen im Gegensatz zu in der Region lebenden Han-Frauen durch staatliche Zwangs-

maßnahmen drastisch gesunken war,¹⁷ veröffentlicht die Lokalregierung keine Daten über die Geburtenentwicklung mehr. Der Rückgang entstand durch die Einweisung hunderttausender uigurischer Männer in Umerziehungslager, Zwangssterilisierungen uigurischer Frauen und sexualisierte Gewalt gegen uigurische Frauen durch chinesische Sicherheitskräfte in Lagern und Gefängnissen. Immer mehr uigurische Frauen werden gezwungen, Männer aus der Han-Ethnie zu heiraten.

Uigurische Intellektuelle in Haft

Das Schicksal des uigurischen Wirtschaftsprofessors Ilham Tohti steht stellvertretend für hunderte uigurische Wissenschaftler*innen und Autor*innen, die von der chinesischen Regierung festgenommen wurden. Tohti hatte auf Basis seiner wissenschaftlichen Erkenntnisse konkrete Vorschläge gemacht, wie das Zusammenleben zwischen Uigur*innen, anderen muslimischen Ethnien und Han-Chines*innen in Ostturkestan gelingen könnte. Er wurde am 15. Januar 2014 verhaftet. Zu Beginn seiner Haftzeit wurde er mehr als einen Monat lang in Ketten gehalten, nachdem er sich gegen Demütigungen und Beleidigungen durch Mitgefangene gewehrt hatte, die von den Wärtern zu Übergriffen auf ihn ermutigt worden waren. Am 23. September 2014 wurde er wegen vermeintlicher „Anstiftung zum Separatismus“ zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Seine Familie durfte ihn seit 2017 nicht mehr sehen.

Auflösung der uigurischen Gemeinschaft

Seit 2016/2017 hat die chinesische Regierung viele Moscheen, Schreine und sogar Friedhöfe der Uigur*innen zerstört. Satellitenbilder dokumentieren, dass auf den betroffenen Friedhöfen Park- oder Spielplätze errichtet wurden. Was mit den Körpern und Gebeinen der Toten passierte, ist unklar. Die chinesischen Behörden rechtfertigten die Zerstörung damit, dass man den „Ansprüchen der Stadtplanung nachkommen und die Bauindustrie fördern“ müsse. Die KPCh reißt Familien

auseinander, verschickt zehntausende Uigur*innen zur Zwangsarbeit in andere Teile Chinas und zerstört systematisch Zeugnisse uigurischer Geschichte und Kultur. All diese Maßnahmen führen dazu, dass die uigurische Gemeinschaft in einigen Jahren nicht mehr als solche existieren wird. Das ist als Völkermord zu bewerten. Diese Verbrechen der chinesischen Regierung an den Uigur*innen umfassen zwar nicht die Ermordung eines Großteils der Gruppe, laut Raphael Lemkin, dem Schöpfer des Völkermord-Begriffs, kann ein Bündel von Maßnahmen gegen eine bestimmte Gruppe jedoch als Völkermord eingestuft werden, selbst wenn nicht ein Großteil der Gruppe ermordet wird.¹⁸

Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages erstellte im Jahr 2021 auf Anfrage der Grünen-Abgeordneten Margarete Bause ein Gutachten über den Völkermord-Vorwurf im Zusammenhang mit Ostturkestan. Die Frage, ob nur dann von Völkermord gesprochen werden darf, wenn die Mitglieder einer Gemeinschaft in hoher Zahl ermordet werden, verneint es. Das Gutachten zitiert in diesem Zusammenhang das Urteil des Bundesgerichtshofes 1999 zum Völkermord von Srebrenica vier Jahre zuvor: „...der Tatbestand...[setzt] nicht zwingend voraus, daß der Täter die körperliche Vernichtung, die physische Zerstörung der Gruppe anstrebt. Es reicht aus, daß er handelt, um die Gruppe in ihrer sozialen Existenz („als solche“), als soziale Einheit in ihrer Besonderheit und Eigenart und in ihrem Zusammengehörigkeitsgefühl zu zerstören.“ Das Gutachten kommt zum selben Schluss wie zahlreiche Expert*innen, die die Lage der Uigur*innen verfolgen: „Unter Zugrundelegung der Rechtsauffassung deutscher Gerichte lässt sich somit die Auffassung rechtlich gut vertreten, dass an den Uiguren in Xinjiang ein Genozid [...] begangen wird.“¹⁹



Enghebatu Togocho (re.), Direktor des „Southern Mongolian Human Rights Information Center“, und seine Tochter Temulun Togocho in New York. Als er bei einer Veranstaltung der Vereinten Nationen im November 2024 eine Stellungnahme über die Zurückdrängung der mongolischen Sprache in China abgeben wollte, wurde er von chinesischen und iranischen Regierungsvertreter*innen eingeschüchtert.

Foto: Christoph Wiedmer/GfbV Schweiz

Lage in der Inneren Mongolei

In der Autonomen Region Innere Mongolei, die von den Mongol*innen Südmongolei genannt wird, werden seit Jahrzehnten systematisch Han-Chines*innen angesiedelt. Mit vier Millionen Menschen machen die ethnischen Mongol*innen nur noch ungefähr 17 Prozent der dortigen Bevölkerung aus. Nun setzt die chinesische Regierung dort eine neue Sprachpolitik um, die dafür sorgen soll, dass die nächste Generation von Mongol*innen nur noch die Sprache der chinesischen Kolonialmacht spricht.

Kampf gegen die mongolische Sprache

Lange unterstützte die KPCh die Zweisprachigkeit in der Inneren Mongolei, doch seit 2020 drängt sie die mongolische Sprache systematisch zurück. Kindergärten in der Region unterrichten inzwischen nur noch auf Mandarin. Auch in den Schulen werden immer weniger Fächer auf Mongolisch unterrichtet. Wie in Tibet und Ostturkestan will die chinesische Regierung die jüngeren Generationen mit aller Macht davon abhalten, die Sprache ihrer Eltern und Großeltern lesen und schreiben zu lernen. Mongolisch-sprachige Bücher über die mongolische Geschichte und Kultur werden zunehmend verboten. Mongolische Schulkinder werden vermehrt mit Vorträgen über die Einheit Chinas, dem Hissen der chinesischen Flagge und Propagandaveranstaltungen traktiert. Zu Beginn des Schuljahres 2021/2022 erließ das Bildungsministerium in Peking neue Richtlinien. Schulkinder sollen nun die „Xi-Jinping-Gedanken“ lernen, um stärker auf Partei-Linie zu kommen und „patriotische Gefühle“ zu entwickeln.

Eltern, die gegen die schrittweise Abschaffung der mongolischen Sprache in Schulen protestieren, werden von den Behörden eingeschüchtert. Einige von ihnen mussten ins Ausland fliehen, zum Beispiel in die Mongolei. Dort sind sie transnationaler Repression durch den chinesischen Staat ausgesetzt: Chines*innen nutzen Anrufe und Textnachrichten zur Einschüchterung und üben Druck auf ihre noch in der Inneren Mongolei lebenden Familien aus.

Verfolgung mongolischer Autor*innen über China hinaus

Der Fall des damals 80 Jahre alten mongolischen Historikers und Autors Lhamjab Borjigin zeigt, dass die chinesische Regierung auch außerhalb der Grenzen Chinas Menschenrechtler*innen verfolgt. Borjigin wurde im Mai 2023 von chinesischen Polizeikräften festgenommen – jedoch nicht in der Inneren Mongolei, sondern auf dem Staatsgebiet der Mongolei. Er war zwei Monate zuvor dorthin geflohen, nachdem ihm die Behörden der Inneren Mongolei auferlegt hatten, sich regelmäßig bei den Sicherheitskräften der Region zu melden. Jahre zuvor hatte Borjigin in mongolischer Sprache ein Buch über die Kulturrevolution (1966-1976) verfasst und war damit ins Visier der Staatssicherheit geraten. Denn offenbar muss alles, was die offizielle Geschichtsschreibung der Kommunistischen Partei Chinas in Frage stellt, aus ihrer Sicht bekämpft werden. Bereits 2019 war Borjigin unter anderem wegen angeblicher „Sabotage der nationalen Einheit“ zu einer einjährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden.²⁰



Hui-Muslim vor dem Innenhof der Moschee Daqingzhen Si, Xi'an; Foto: Peter Morgan/Flickr, CC BY-NC-ND 2.0

Verfolgung der Hui-Muslim*innen durch die chinesischen Behörden

Die chinesische Verfassung enthält zwar offiziell das Recht auf Religionsfreiheit, die Kommunistische Partei hat jedoch seit der Gründung der Volksrepublik China 1949 Religion meist als potentielle Bedrohung für die eigene Herrschaft angesehen. Während der Kulturrevolution (1966 - 1976) wurden viele Moscheen zerstört oder geschlossen. In den darauffolgenden Jahrzehnten wurden im Zuge einer toleranteren Politik viele Moscheen wiederaufgebaut. Doch unter Partei- und Staatschef Xi Jinping hat sich die Lage der religiösen Gemeinschaften in China zunehmend verschlechtert. Xi propagiert immer wieder die sogenannte „Sinisierung der Religionen“. Damit ist gemeint, dass sich die in China offiziell zugelassenen Glaubensgemeinschaften den Vorgaben der KPCh zu unterwerfen haben. In einem 2019 geleakten Dokument der Kommunistischen Partei wird der Islam als „Virus“ bezeichnet, dessen „Ausbreitung“ gestoppt werden müsse. Diese Radikalisierung der KPCh zeigt sich auch in der zunehmenden Verfolgung der Hui.

Eine Chinesisch-sprechende muslimische Gemeinschaft

Die Gemeinschaft der rund zehn Millionen muslimischen Hui ist weniger bekannt als beispielsweise die Tibeter*innen und Uigur*innen. Die Hui stammen von arabischen, persischen, türkischen und mongolischen Händler*innen ab, die ab dem 8. Jahrhundert nach China kamen. Sie haben kei-

ne eigene Sprache, sondern sprechen Chinesisch. Die meisten von ihnen leben im Autonomen Gebiet Ningxia der Hui-Nationalität, Angehörige der Gemeinschaft leben jedoch auch verstreut über mindestens 18 der 22 Provinzen Chinas. Die Situation der Hui galt lange als gut, doch auch sie geraten aufgrund ihrer Religion zunehmend ins Visier des chinesischen Staates. Hui-Muslim*innen, die in Ostturkestan leben, wurden in den chinesischen Umerziehungslagern der Region interniert, weil sie „zu häufig“ in die Moschee gingen oder an religiösen Schulen studiert hatten.²¹

Zerstörung von Moscheen

Bereits seit Ende 2017 gibt es aus Ningxia vermehrt Berichte darüber, dass die Kuppeln von Moscheen, die von den chinesischen Behörden als „arabisch“ angesehen werden, mit Kränen entfernt werden. Tatsächlich ähneln viele Moscheen der Hui jedoch eher Moscheen aus der Mogulzeit in Indien als Moscheen in arabischen Staaten. Einer Studie zweier britischer Forscher*innen zufolge wurde seit 2020 ein Drittel der rund 4.000 Moscheen in Ningxia von den Behörden geschlossen.²² Auch arabische Schriftzeichen werden seit 2017 von Ladenfronten und Verkehrsschildern verbannt.

Hass auf Hui zu Beginn der Corona-Pandemie

Der Parteisekretär der Stadt Wuhan, Ma Guoqiang, ist Hui. Als er am 31. Januar 2020 in einem Fern-

sehinterview „Schuldgefühle“ wegen der sich damals stark ausbreitenden Corona-Pandemie einräumte, wurde er in den sozialen Medien von Han-Chines*innen wegen seiner Religion und seiner angeblich fehlenden Loyalität zur Kommunistischen Partei beschimpft. In einem Beitrag wurden die Hui als „Parasiten“ bezeichnet.

Das Schicksal des Autors Cui Caixin

2018 begann der Autor Cui Haoxin, ein Hui, über die Umerziehungslager für Uigur*innen und andere Muslim*innen in Ostturkestan zu schreiben. Dabei erwähnte er auch, dass in der Region lebende Hui ebenfalls in den Umerziehungslagern festgehalten wurden. Weil er öffentlich auf diese Verbrechen aufmerksam machte, wurde er von den Behörden festgenommen und ebenfalls in ein Umerziehungslager verschleppt. Selbst nach seiner Entlassung aus dem Lager endeten die Repressionen gegen ihn nicht: Am 29. Oktober 2023 wurde er von einem Unbekannten brutal attackiert. Sein Sehnerv wurde schwer beschädigt.²³



Mit Autokorsos wie hier in Salzburg macht Ding Lebin zusammen mit anderen Falun-Gong-Praktizierenden in Europa auf die Verbrechen an seiner Glaubensgemeinschaft und an seinen Eltern aufmerksam. Foto: Ding Lebin

Verfolgung von Christ*innen und Falun-Gong-Angehörigen

Offiziell sind in China fünf Religionen anerkannt (Buddhismus, Katholizismus, Daoismus, Islam und Protestantismus). Die anerkannten religiösen Gemeinschaften müssen sich als „patriotische religiöse Gemeinschaft“ registrieren lassen, die von der sogenannten Einheitsfront-Abteilung der Kommunistischen Partei überwacht werden. Die Folgen der Feindseligkeit der KPCh gegenüber religiösen Bewegungen spüren auch Chinas Christ*innen und Angehörige der Meditationsbewegung Falun Gong.

Christenverfolgung in China

Die genaue Zahl der Christ*innen in China lässt sich angesichts massiver Verfolgung schwer feststellen. Daryl Ireland von der Theologischen Fakultät der Boston University hat eine Datenbank zum Christentum in China erstellt und ging im Februar 2023 von derzeit ungefähr 100 Millionen Christ*innen im Land aus.²⁴ Betroffen von der staatlichen Verfolgung sind nicht nur Angehörige von im Untergrund arbeitenden Hauskirchen, sondern auch von staatlich anerkannten Gemeinden. Christ*innen werden immer wieder willkürlich verhaftet, zum Beispiel unter dem Vorwurf, Betrug begangen zu haben. In der Haft wird ihnen notwendige medizinische Versorgung verweigert. Zwischen der Verhaftung und einem Prozess kann zudem viel Zeit vergehen. Die von Behörden angeordnete Zerstörung von Kirchtürmen und Kreuzen sind weitere Maßnahmen zur Unterdrückung des Christentums.

Verfolgung von Falun-Gong-Praktizierenden

Seit 1999 verfolgt die chinesische Regierung systematisch Falun-Gong-Praktizierende, um diese spirituelle Praxis auszurotten. Im Rahmen dieser Kampagne werden Falun-Gong-Gläubige landesweit schikaniert und inhaftiert, um sie dann zur Aufgabe ihrer Meditationspraxis zu zwingen. Immer wieder werden Mitglieder zu Tode gefoltert und in Haft getöteten Falun-Gong-Praktizierenden werden Organe entnommen.²⁵ Wie viele Falun-Gong-Praktizierende²⁶ derzeit in Haft sind, ist nicht bekannt. Stellvertretend für viele andere steht der Fall des Teebauern Ding Yuande, der am 15. Dezember 2023 zu einer Gefängnisstrafe von drei Jahren und zu einer Geldstrafe von umgerechnet etwa 2.000 Euro verurteilt wurde. Bei einer Hausdurchsuchung hatte die chinesische Staatssicherheit bei ihm Material über die Verfolgung von Falun Gong gefunden. Im Januar 2024 forderte das Europäische Parlament in einer Resolution seine Freilassung.

Das Parlament forderte auch von der EU und EU-Mitgliedsstaaten konkrete Sanktionsmaßnahmen gegen die Beteiligten der Verfolgung von Falun Gong.²⁷ Das chinesische kommunistische Regime versucht auch im Ausland, den Sohn von Ding Yuande, Ding Lebin, zum Schweigen zu bringen, weil er sich aktiv für die Freiheit seiner Eltern und das Ende der staatlichen Verbrechen an Falun-Gong-Praktizierenden einsetzt.²⁸

Endnoten

- 1 Vgl. Ian Johnson: Sparks – China's Underground Historians and Their Battle for the Future, S. 269.
- 2 Die Uigur*innen selbst benutzen nicht das chinesische Wort „Xinjiang“ (Neue Gebiete), sondern sprechen von Ostturkestan.
- 3 Die Innere Mongolei wird von Mongol*innen selbst als „Südmongolei“ bezeichnet.
- 4 Neue Osnabrücker Zeitung: China zu Gast in Berlin - und Scholz lässt keine Fragen zu, 24. Juni 2023, <https://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/china-zu-gast-in-berlin-und-scholz-laesst-keine-fragen-zu-44977852> [Zugriff am 16.01.2025]
- 5 New York Times: How China is Erasing Tibetan Culture, One Child at a Time, 09. Januar 2025, <https://www.nytimes.com/interactive/2025/01/09/world/asia/tibet-china-boarding-schools.html?searchResultPosition=3> [Zugriff am 16.01.2025]
- 6 Gespräch des Autors mit Dr. Gyal Lo am 14. März 2024.
- 7 Vgl. ebenda.
- 8 Radio Free Asia: China places new restrictions on Tibetan students during winter school break, 02. Januar 2025, <https://www.rfa.org/english/tibet/2025/01/02/tibet-china-enforces-restrictions-students/> [Zugriff am 16.01.2025]
- 9 Die Qinghai-Provinz gehört zum historischen Tibet und grenzt an die Tibetische Autonome Region (TAR) an. Von den in Qinghai lebenden Tibeter*innen wird sie Amdo genannt.
- 10 Radio Free Asia, Tibetan champion of language preservation dies after release, 23.12.2024, <https://www.rfa.org/english/tibet/2024/12/23/champion-language-preservation-dies/> [Zugriff am 16.01.2025]
- 11 Die Verwendung des Begriffs Völkermord in Bezug auf die Verfolgung der uigurischen Gemeinschaft durch den chinesischen Staat wird im Absatz „Auflösung der uigurischen Gemeinschaft“ genauer definiert, Vgl. Gesellschaft für bedrohte Völker: Völkermord an den Uigur*innen - Benennen, was ist!, <https://www.gfbv.de/de/zeitschriftfuervielfalt/332-nie-wieder-genozid-aufarbeitung-statt-leugnung/voelkermord-an-den-ugurinnen/>
- 12 Radio Free Asia, China expands orphanage-style boarding schools for Uyghur children, 17.01.2025 <https://www.rfa.org/english/uyghur/2025/01/16/children-boarding-schools/> [Zugriff am 18.01.2025]
- 13 “This will inevitably lead to a loss of connection with their families and communities and undermine their ties to their cultural, religious and linguistic identities”. United Nations Human Rights – Office of the High Commissioner: China: Xinjiang's forced separations and language policies for Uyghur children carry risk of forced assimilation, say UN experts, 26. September 2023, <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/09/china-xinjiangs-forced-separations-and-language-policies-uyghur-children> [Zugriff am 03.01.2025]
- 14 Voice of America: Far From Xinjiang, Uyghurs Keep Their Culture Alive, 15. März 2024, <https://www.voanews.com/a/far-from-xinjiang-uyghurs-keep-their-culture-alive/7529146.html> [Zugriff am 03.01.2025]
- 15 The Economist: The evolution of forced labour in Xinjiang, 30. Mai 2024, https://www.economist.com/china/2024/05/30/the-evolution-of-forced-labour-in-xinjiang?giftId=3e1644e1-923e-4ab3-9e20-9295302e2d7b&utm_campaign=gifted_article [Zugriff am 03.01.2025]
- 16 Vgl. ebenda
- 17 Deutsche Welle: China: Uighur women reportedly sterilized, 01. Juli 2020, <https://www.dw.com/en/china-uighur-women-reportedly-sterilized-in-attempt-to-suppress-population/a-54018051> [Zugriff am 03.01.2025]

- 18 „Generally speaking, genocide does not necessarily mean the immediate destruction of a nation, except when accomplished by mass killings of all members of a nation. It is intended rather to signify a coordinated plan of different actions aiming at the destruction of essential foundations of the life of national groups, with the aim of annihilating the groups themselves. The objectives of such a plan would be disintegration of the political and social institutions, of culture, language, national feelings, religion, and the economic existence of national groups, and the destruction of the personal security, liberty, health, dignity, and even the lives of the individuals belonging to such groups. Genocide is directed against the national group as an entity, and the actions involved are directed against individuals, not in their individual capacity, but as members of the national group.“ Vgl. Facing History: Excerpt from Axis Rule in Occupied Europe by Raphael Lemkin, 16. März 2008, <https://www.facinghistory.org/resource-library/excerpt-axis-rule-occupied-europe-raphael-lemkin> [Zugriff am 03.01.2025]
- 19 Vgl. Gesellschaft für bedrohte Völker: Völkermord an den Uigur*innen - Benennen, was ist!, <https://www.gfbv.de/de/zeitschriftfuervielfalt/332-nie-wieder-genozid-aufarbeitung-statt-leugnung/voelkermord-an-den-ugurinnen/> [Zugriff am 13.01.2025]
- 20 Vgl. Pen America: PEN America Condemns China's Arrest of Exiled Mongolian Writer and Historian Lhamjab A. Borjigin, <https://pen.org/press-release/pen-america-condemns-chinas-arrest-of-exiled-mongolian-writer-and-historian-lhamjab-a-borjigin/> [Zugriff am 13.01.2025]
- 21 New York Times, Chinese Muslims, After Finding a Refuge in Queens, Now Fear Trump, 31.12.2024 <https://www.nytimes.com/2024/12/31/business/china-hui-muslims-immigrants-trump.html> [Zugriff am 13.01.2025]
- 22 Vgl. BBC: China: Human Rights Watch accuses Beijing of closing and destroying mosques, 22, November 2023, <https://www.bbc.com/news/world-asia-china-67483202> [Zugriff am 09.01.2025]
- 23 Bitter Winter: Hui Muslim Poet Who Supported the Uyghurs Harassed and Beaten, 13. November 2023, <https://bitterwinter.org/hui-muslim-poet-who-supported-the-uyghurs-harassed-and-beaten/> [Zugriff am 11.01.2025]
- 24 Vgl. Boston University – The Brink: What's behind Boom of Christianity in China? 02. Februar 2023, <https://www.bu.edu/articles/2023/why-is-christianity-growing-in-china/> [Zugriff am 11.01.2025]
- 25 The Diplomat: First Known Survivor of China's Forced Organ Harvesting Speaks Out <https://thediplomat.com/2024/08/first-known-survivor-of-chinas-forced-organ-harvesting-speaks-out/> [Zugriff am 11.01.2025]
- 26 Die NGO Freedom House kommt in einem Bericht aus dem Jahr 2017 in Bezug auf die Zahl der in China Falun Gong-Praktizierenden zu folgendem Schluss: „Several points of information suggest that a reasonable estimate of the minimum number of people in China practicing Falun Gong today would fall in the range of 7 to 10 million, while overseas Falun Gong sources have estimated that the total is 20 to 40 million.“ <https://freedomhouse.org/report/2017/battle-china-spirit-falun-gong-religious-freedom> [Zugriff am 11.01.2025]
- 27 Vgl. Europäisches Parlament: The ongoing persecution of Falun Gong in China, notably the case of Mr Ding Yuande, 18. Januar 2024, <https://www.europarl.europa.eu/delegations/de/product/product-details/20240118DPU38249> [Zugriff am 11.01.2025]
- 28 In einem Interview mit der GfbV-Zeitschrift „Für Vielfalt“ berichtet Lebin Ding über den Fall seiner Eltern, <https://www.gfbv.de/de/zeitschriftfuervielfalt/342-politische-gefangene/interview-lebin-ding/> [Zugriff am 11.01.2025]

Impressum



Gesellschaft für bedrohte Völker e.V. (GfbV)
Postfach 2024, D-37010 Göttingen
Tel.: +49 551 49906-0, Fax: +49 551 58028
E-Mail: info@gfbv.de, www.gfbv.de

Spendenkonto bei der Sozialbank:
(IBAN) DE07 2512 0510 0000 506070
(BIC) BFSWDE33XXX

Die GfbV ist eine Menschenrechtsorganisation für verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten sowie Indigene Völker; NGO mit beratendem Status bei den Vereinten Nationen und mit mitwirkendem Status beim Europarat. Sektionen, Büros und Repräsentant*innen in Bosnien-Herzegowina, Deutschland, Großbritannien, Südtirol/Italien, Kurdistan/Irak, der Schweiz und den USA.

Text: Hanno Schedler
Redaktion: Sarah Neumeyer
Layout: Tanja Wiczorek
Titelbild: Demonstration im März 2024 in Berlin,
Foto: Hanno Schedler/GfbV

Herausgegeben von der
Gesellschaft für bedrohte Völker
im Februar 2025

Für Menschenrechte. Weltweit.



Gesellschaft für
bedrohte Völker

Für Menschenrechte. Weltweit.



Gesellschaft für
bedrohte Völker

Postfach 2024, D-37010 Göttingen

Tel.: +49 551 49906-0

E-Mail: info@gfbv.de

www.gfbv.de

Spendenkonto bei der Sozialbank:

(IBAN) DE07 2512 0510 0000 506070

(BIC) BFSWDE33XXX